

Antrag

**der Abgeordneten Martin Dolzer, Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus,
Deniz Celik, Heike Sudmann, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann,
Stephan Jersch, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Hamburg lehnt CETA ab – Der Bundesrat muss vor den Bundestags-
wahlen über CETA entscheiden**

Das Handelsabkommen der EU mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA) lag seit September 2014 ausverhandelt vor und wurde am 15.02.2017 vom Europaparlament beschlossen. Mit dieser Zustimmung gelten die Teile des Vertrags, für die ausschließlich die Europäische Union alleine zuständig ist, ab April 2017 vorläufig. Damit CETA insgesamt vorläufig in Kraft tritt, muss noch das kanadische Parlament zustimmen. Für die endgültige Inkraftsetzung muss der Handelsvertrag von nationalen und regionalen Parlamenten in den EU-Staaten ratifiziert werden. Da das Parlament in Lettland dem Vertrag bereits zugestimmt hat, wird eine Veränderung des Inhaltes/Textes sehr schwer bis gar nicht mehr möglich sein.

Bei CETA geht es im Kern um die Harmonisierung von sogenannten nicht tarifären Handelshemmnissen zwischen den Staaten. Darunter fallen Gesetze, Verordnungen, Umwelt- und Sozialstandards, Gesundheits- und Verbraucherschutzregeln sowie technische Normen. Dieser Angleichungsprozess birgt die Gefahr der Absenkung der jeweiligen Standards, denn die geplanten Regelungen verfolgen das Ziel, das höchste Liberalisierungs- und Investitionsschutzniveau zu erreichen.

Die Liberalisierung im Dienstleistungsbereich folgt in CETA erstmals dem Modell der „Negativliste“, für das Konzern-Lobbygruppen jahrelang mobil gemacht hatten. Diese Negativliste bedeutet, dass grundsätzlich alle Dienstleistungen liberalisiert, also Regeln, die den Wettbewerb beschränken, abgebaut werden müssen, wenn sie nicht explizit ausgenommen werden. Diese Ausnahmen sind allerdings mangelhaft. So gilt zum Beispiel kein einziger der Vorbehalte zum Schutz der Daseinsvorsorge, die in CETA enthalten sind, für die Konzernklagerechte.

Auch öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Soziales oder Kultur sind potenziell davon betroffen. Der Deutsche Kulturrat befürchtet eine Einschränkung der kulturellen Vielfalt durch die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht englischsprachiger Kulturgüter. Private Investoren hätten über eine Niederlassung in Kanada über CETA die Möglichkeit, die Kulturförderung anzugreifen und eine Gleichbehandlung mit öffentlichen Theatern einzuklagen.

CETA berührt Bereiche, in denen Hamburg als Bundesland über eigene Kompetenzen verfügt. Privilegierte Rechte für Unternehmen, Banken und Konzerne durch Investitionsschutzklauseln und Streitschlichtungsverfahren hebeln demokratische Entscheidungen aus. CETA beinhaltet die Möglichkeit von Investor-Staat-Klagen. Konzerne erhalten damit das Recht, die Vertragsstaaten vor einer internationalen Schiedsstelle zu verklagen, wenn durch Gesetze eine „direkte oder indirekte Enteignung“ oder der Verlust von erwarteten Gewinnen droht. Zwar sollen diese Schiedsgerichte gemäß CETA etwas transparenter arbeiten als in bisherigen Abkommen geregelt. Das Grundproblem bleibt jedoch erhalten. In rechtsstaatlichen Gesellschaften wird eine parallele Rechtsstruktur jenseits demokratischer Kontrolle geschaffen. Konzerne können Schadenersatz einklagen, wenn Politik oder Gesetze zum Schutz der Gesundheit,

sozialer Rechte oder Umweltschutz ihre Gewinnerwartungen „bedrohen“. Anders als nach deutschem Recht, können Staaten durch CETA dazu verurteilt werden, Investoren für entgangene zukünftige Gewinne zu entschädigen. Der Deutsche Richterbund lehnt daher auch die ICS genannten geplanten Schiedsgerichte ab.

Durch CETA werden zudem die Parlamente weiter geschwächt. Noch bevor sich gewählte Parlamente mit Themen beschäftigen, werden diese in einem internationalen Expertengremium erläutert. Das Gremium soll die Harmonisierung und Abstimmung von Regulierungen zwischen den Staaten vorantreiben und Auswirkungen von geplanten Gesetzen auf den Handel zwischen Kanada und der EU bewerten. Damit werden Parlamente weiter geschwächt und Konzerne und Lobbygruppen erhalten noch mehr Einfluss auf Gesetzentwürfe. Auf diese Weise werden weitere Gremien außerhalb demokratischer Kontrolle geschaffen. Sie können Regeln für die Umwelt, den Verbraucherschutz oder Arbeitsstandards verhindern, noch bevor Abgeordnete davon erfahren.

Eine (weitere) Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge gefährdet soziale und ökologische Standards. Mit CETA soll die Auftragsvergabe für öffentliche Güter und Dienstleistungen mit Auftragswerten, die über relativ niedrigen Schwellenwerten liegen, für Bieter aus Kanada offen sein. Transnationale Konzerne mit einer Niederlassung in Kanada, die sich um Aufträge der Freien und Hansestadt Hamburg und ihrer öffentlichen Unternehmen bewerben, können auf Basis des Abkommens gegen die Koppelung der Auftragsvergabe an die Einhaltung von sozialen oder ökologischen Kriterien vorgehen. Aufgrund der sogenannten Stillstands- und Sperrklinken-Klauseln können einmal vorgenommene Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen zudem nicht mehr zurückgenommen werden.

CETA erlaubt es international tätigen US-Konzernen, die Handelsvorteile und die Investoren-Klagerechte aus CETA zu nutzen, weil sie in aller Regel eine kanadische Tochter haben oder diese leicht etablieren können.

Die Forderung nach „Harmonisierung“ sozialer und ökologischer Standards drängt auf eine Angleichung nach unten. Die Geheimhaltung und die Dominanz der Wirtschaftslobby bei den Verhandlungen sprechen dafür, dass genau dies beabsichtigt ist. Insgesamt ist CETA nicht geeignet, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen fairen Welthandel unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien fördern. Im Gegenteil, die gesellschaftlichen wie auch finanziellen Risiken des Abkommens für Hamburg übersteigen in hohem Maße etwaige wirtschaftliche Vorteile.

Darüber hinaus wird durch einen starken Handelsraum mit Kanada und durch die Hintertür mit den USA, in dem durch CETA die Produktionskosten zu Ungunsten der Arbeitnehmer/-innen weiter sinken, die asymmetrische Weltwirtschaft weiter zu Ungunsten der Staaten in Afrika und dem Mittleren Osten verschoben – die so noch stärker als bisher daran gehindert werden, funktionierende Volkswirtschaften aufzubauen. Das führt zwangsläufig in eine sich immer weiter zuspitzende Krise, die in Kriegen und weltweiten Fluchtbewegungen münden kann.

In einer Zeit von Klimawandel, Krieg, einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich und einem sich vielerorts verschärfendem Rechtsruck ist es schlicht zynisch, CETA als „Signal der Solidarität“ zu werten. Der Vertrag ist keine Blaupause für ein modernes Freihandelsabkommen, wie oft behauptet wird, sondern birgt vielmehr das Potenzial, genau die gesellschaftlichen Probleme zu verschärfen, die die menschenverachtende Politik von Trump, AfD & Co. hervorbringen: die soziale Ungleichheit, die soziale und politische Exklusion weiter Teile der Bevölkerung und die Krise der Demokratie im Kontext neoliberaler Alternativlosigkeit.

Stattdessen braucht es einen Paradigmenwechsel hin zu einer demokratischen Handelspolitik im Interesse von Mensch und Umwelt.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. daraufhin zu wirken, dass der Bundesrat vor den Bundestagswahlen 2017 über die Ratifizierung von CETA entscheidet,
2. die Hamburger Öffentlichkeit vor den Bundestagswahlen eindeutig darüber zu informieren, wie sich der Senat bei einer Abstimmung im Bundesrat verhalten wird,
3. im Bundesrat der Ratifizierung von CETA nicht zuzustimmen.